

Die Lizenz zum Gelddrucken Geschäftsmodell Umwelthilfe

Was allein in den letzten Tagen über die sogenannte Deutsche Umwelthilfe DUH zu lesen war, lässt einen daran zweifeln, dass es sich hier um einen seriösen Verein handelt. Das Wirtschaftsmagazin Capital hat sich mit der DUH näher beschäftigt, der stern berichtete am 30. November darüber.

„Glauben Sie es mir oder nicht“, sagt Jürgen Resch, Geschäftsführer der DUH, „ich mache das nicht als Geschäftsmodell, sondern aus Überzeugung. Wir ziehen für Umwelt und Verbraucher vor Gericht.“ Wenn ich dieser Aussage glauben würde, verbrächte ich den 24. Dezember an meinem Fenster, um die Landung des Weihnachtsmannes mit seinem Schlitten, gezogen von „Rudy, the red nosed reindeer“, auf meinem Balkon zu beobachten.

In einem am Wochenende erschienenen Interview in der Berliner Zeitung mit Thomas Lundt, der seit 2004 Obermeister und Vorstandsvorsitzender der Kfz-Innung Berlin ist, antwortet er auf die Bemerkung: „Die Umwelthilfe will die Einhaltung geltender Gesetze durchsetzen.“, „Aber nur mit dem Ziel, sich die Taschen vollzumachen.“ **Berliner Zeitung:** „Haben Sie sich schon einmal mit Jürgen Resch, dem Chef der Deutschen Umwelthilfe, getroffen?“ **Lundt:** „Nein.“ **Berliner Zeitung:** „Würden Sie es gern mal tun?“ **Lundt:** „Kein Bedarf. Der Mann ist Chef eines Abmahnvereins, der jetzt schon mehrere Millionen Euro an Abmahngebühren kassiert hat. Das ist ein eigenständiger Ausnutzer, der nur verdienen will und dem alles andere völlig egal ist. Wahrscheinlich sogar der Umweltschutz. Die Deutsche Umwelthilfe ist nichts anderes als eine Abzock-Maschine. Deutschland hat die beste Automobiltechnologie der Welt und Deutschland ist das einzige Land weltweit, in dem es Fahrverbote gibt. Außerdem werden heute Autos auf den Schrott geschoben, die noch für Jahre gut gewesen wären. Das ist die eigentliche Umweltschande.“

Capital schreibt: „Wie viele Lobbyisten finanziert sich die DUH aus den üblichen Einkünften: Förderbeiträge, Sponsorings, Spenden, öffentliche Zuschüsse. Außergewöhnlich macht die DUH ein Einnahmeposten, den sie einem rechtlichen Sonderstatus verdankt – und von dem sie weit häufiger Gebrauch macht als andere Einrichtungen, die dasselbe Privileg genießen.“ Wieso die DUH das darf, erklärt Capital wie folgt: „Der Gesetzgeber hat Verbänden erlaubt, Wettbewerbs- und Verbraucherschutzverstöße zu verfolgen. Vereine müssen sich um dieses Privileg bewerben. Das Bundesamt für Justiz prüft die Anträge und führt eine Liste ‚qualifizierter Einrichtungen‘. Derzeit sind darauf 78 klageberechtigte Organi-

sationen vermerkt: Mietervereine, der ADAC, Verbraucherzentralen, Foodwatch. Und die DUH. Ziel des Unterlassungsklagengesetzes ist, logisch, das Unterlassen. Nicht das Geldverdienen. Dafür lässt sich das Gesetz aber nutzen: 2006 beliefen sich die Einnahmen aus dem ‚Verbraucherschutz‘, wie die DUH es bilanziert, auf 93.000 Euro. Das entsprach zwei Prozent ihres Budgets. Zehn Jahre später, im bisher letzten bilanzierten Geschäftsjahr 2015, waren es bereits 2,5 Mio. Euro – gut 30 Prozent. Keine andere Position in der Bilanz ist so rasant gestiegen.“

Die Bundesregierung erteilt also an privatrechtlichen Vereinen Lizenzen zum Gelddrucken? Davon habe ich – ehrlich gesagt – noch nichts gehört. Seit 40 Jahren bin ich in gemeinnützigen Vereinen tätig und bettele um jeden Cent. Dabei liegt doch das Geld auf der Straße. Morgen gründe ich einen Verein zur Rettung der Deutschen Sprache, beantrage die Lizenz und schicke jedem eine Abmahnung, der irgendein Wort falsch schreibt.

Die Geschichten sind nachzulesen unter

<https://www.stern.de/wirtschaft/news/deutsche-umwelthilfe--ueber-das-fragwuerdige-geschaef-der-umweltlobbyisten-8469848.html>

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/verkehr/chef-der-berliner-kfz-innung--da-wird-im-namen-der-umwelt-viel-gelogen--31675878>

Wie kleinteilig die Deutsche Umwelthilfe ihre Millionen schieffelt, zeigt ein Vorgang aus Calvörde in Sachsen-Anhalt, über den Capital berichtet. Ein Autohändler hat im Anzeigenblatt „Ohre Kurier“ acht Gebrauchtwagen angeboten, wovon einer, wie sich später herausstellte, noch als Neuwagen bewertet werden muss. Und schon gab es Post von der DUH mit einer Rechnung per Fax über 229,34 Euro einschließlich Mehrwertsteuer. Mit dem gleichen Fax erhielt der Autohändler eine „Unterlassungserklärung mit Vertragsstrafversprechen“. Sollte der Autohändler erneut eine Anzeige mit unvollständigen Angaben aufgeben, müsste er jedes Mal 5.001 Euro an die DUH bezahlen. „Wenn ich das unterschreiben würde“, sagt der Autohändler, „wäre ich bei denen auf der Futterliste.“

Besonders interessant sind in dem Interview des Kfz-Innungsvorsitzenden Lundt seine Äußerungen über Schadstoffwerte. „Da wird im Namen der Umwelt viel gelogen.“ In einem anderen Artikel der Berliner Zeitung bezeichnet diese Resch als einen der „umstrittensten Männer im Land.“

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/verkehr/duh-chef-juergen-resch-einer-der-umstrittensten-maenner-im-land-31675946>

Es wird Zeit, dass die Bundesregierung diesen Abmahnvereinen das Handwerk legt.

Ed Koch